

in der Angelegenheit die Sprachförderkräfte in KiTas in Rheinland-Pfalz nicht mehr einzustellen, hat der Petent stellvertretend für Bürgerinnen und Bürger eine Eingabe eingereicht.

Er trägt vor, dass die Betroffenen, nämlich die Kinder, in dieser Thematik nicht befragt worden seien. Die Eltern des Elternausschusses der für seine Kinder zuständigen Kindertagesstätte hätten dies getan.

Sowohl die Kinder als auch die Eltern hätten sich für den Erhalt der Sprach-KiTas in Rheinland-Pfalz eingesetzt. Die Argumente seien, Sprache sei der Schlüssel zur Welt. Durch sie erschließen sich die Kinder die Welt und eignen sich Wissen an. Studien hätten gezeigt, dass sprachliche Kompetenz einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg habe.

Das Ministerium für Bildung hat hierzu Folgendes mitgeteilt:

Sprachliche Bildung sei in der Vergangenheit und in der Gegenwart seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen der Landesregierung, da Sprache eine zentrale Bedeutung in der Entwicklung eines Kindes einnehme.

Daher habe sprachliche Bildung in Kitas höchste Priorität, beginne bereits beim Eintritt des Kindes in die Einrichtung und finde alltagsintegriert statt. Die Vorgehensweise entspreche dem aktuellsten Stand der Wissenschaft.

Im Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ seien insgesamt bis zu 100 Mio. Euro jährlich seitens des Bundes zur Verfügung gestellt worden. Das Bundesprogramm solle in seiner ursprünglichen Planung bereits Ende 2020 auslaufen; da das Programm aber gut angenommen worden sei, habe sich die Bundesregierung zunächst zu einer Verlängerung bis Ende 2022 entschlossen.

Laut Koalitionsvertrag 2021-2025 der Regierungsparteien auf Bundesebene solle das Programm dann weiterentwickelt und verstetigt werden (Koalitionsvertrag 2021-2025 „Mehr Fortschritt wagen“, S. 95). Die Entscheidung der Bundesregierung zur Beendigung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ sei überraschend gekommen.

Über die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) - Pressemitteilung vom 14.07.2022 - habe die Landesregierung Stellung bezogen und sich eindeutig gegen die Beendigung des Programms positioniert. Über dieses Programm seien vom Bund unter anderem „zusätzliche Fachkräfte für sprachliche Bildung“ in Kindertageseinrichtungen im Projektzeitraum 2016 - 30. Juni

2023 gefördert worden. Mit dem im Juli 2021 vollständig in Kraft getretenen Landesgesetz zur Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege Rheinland-Pfalz (KiTaG) sei die alltagsintegrierte sprachliche Bildung erstmals gesetzlich verankert worden und die sprachliche Bildung werde entsprechend mit festen Stellenanteilen bei den Personalkosten gefördert. Somit sei die sprachliche Bildung weiterhin fester Bestandteil in den Kindertageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. In den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“ (BEE) sei in Ziffer 3.2 beschrieben, dass Sprache das zentrale Mittel für Menschen sei, Beziehungen zu ihrer Umwelt aufzubauen und diese dadurch zu verstehen.

Die Umsetzung in den Kitas solle durch die Benennung einer/eines Sprachbeauftragten sichergestellt werden, die/der das Thema - zusammen mit der Leitungskraft - besonders im Fokus behalte. Die Sprachbeauftragten sollten auf der Grundlage des Curriculums „Mit Kindern im Gespräch“ qualifiziert sein, dessen Wirkung ebenfalls wissenschaftlich evaluiert und in Kreisen der Wissenschaft positiv hervorgehoben worden sei.

Alle zusätzlichen Fachkräfte für sprachliche Bildung, die bislang über den Bund finanziert worden seien, hätten - sofern die Träger dies möchten - von ihrer Qualifizierung sowie von ihrer Arbeit her als Sprachbeauftragte im Sinne des KiTaG eingesetzt werden können. In diesem Zusammenhang hätten die zusätzlichen Fachkräfte für sprachliche Bildung (Bund) seitens des Landes Rheinland-Pfalz eine entsprechende Äquivalenzbescheinigung mit Blick auf ihre Qualifizierung erhalten. Ziel sei es, dass die für die Sprachbildung beauftragte Person sicherstelle, dass alle Fachkräfte des Teams einer Einrichtung gemeinsam für eine alltagsintegrierte Sprachbildung Verantwortung übernehmen und so für eine nachhaltige Implementierung des Ansatzes sorgen. Damit solle unabhängig von etwaigen Bundesprogrammen eine flächendeckende strukturelle Verankerung der sprachlichen Bildung in Kitas in Rheinland-Pfalz erreicht werden.

Die Angelegenheit wurde im Petitionsausschuss am 22.11.2023 abschließend behandelt.